

Frage des Tages

Regierungsratswahl: Nominieren die Grünen richtig?

Das Geschlecht ist wichtiger als Qualifikation: Ist diese Strategie der Grünen für die Regierungsratswahl richtig? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Sollen sich BL und BS den Terminal Basel Nord leisten?



Grüne Männer kaltgestellt

Ackermann kandidiert für Regierung – Genderdebatte wirft Männer aus dem Rennen



Wegen Geschlecht disqualifiziert. Elisabeth Ackermann kandidiert für die Regierung, Grossenbacher (l.) und Wüthrich dürfen nicht antreten. Fotos M. Mangione, Keystone, N. Pont

Von Serkan Abrecht

Basel. «Wählbar?» war der Hashtag, den die beiden grünen Grossräte Thomas Grossenbacher und Michael Wüthrich auf Social-Media-Portalen nutzten, während sie Fotos von ihren gemeinsamen Skiferien online stellten. Die Grossräte waren bereits in Wahlkampfstimmung. Wüthrich und Grossenbacher gaben zuvor bereits ihr Interesse an einer Kandidatur für den Regierungsrat bekannt, um den Sitz des scheidenden Regierungspräsidenten Guy Morin für ihre Partei zu halten.

Doch daraus wird nichts: Elisabeth Ackermann wird am kommenden Montag an der Nominationsveranstaltung der Basler Grünen offiziell als Kandidatin für den Regierungsrat bestätigt werden, wie die BaZ aus parteiinternen Quellen weiss. Die Genderdebatte hat zu Ackermanns Gunsten beigetragen. Schon bei den vorgängigen internen Besprechungen in den vergangenen Tagen seien nicht die beruflichen und politischen Qualifikationen und Profile ausschlaggebend gewesen, sondern einzig und allein das Geschlecht der Kandidaten, sagt ein Parteimitglied, das

nicht namentlich genannt werden möchte. «Die Stimmung war intern sehr angespannt. Es gab Mitglieder, die sich für Wüthrich oder Grossenbacher aussprachen, andere wiesen darauf hin, dass die Geschlechterfrage eine primäre Rolle spielen soll, da wir uns auch immer für eine ausgewogene Besetzung von Führungspositionen öffentlich aussprechen», so das Mitglied.

Schon im Vorfeld hatte es Zweifel an einer männlichen Kandidatur seitens der Grünen gegeben, da bei einem linken Viererticket Eva Herzog die einzige weibliche Kandidatin gewesen wäre. Wüthrich sagte der BaZ vor wenigen Wochen, er werde das Feld räumen, sollte eine Frau kandidieren.

Keine Spitzenkandidaten

Später relativierte er diese Aussage, als die BastA! bekannt gab, ebenfalls einen Regierungskandidaten zu stellen. Klare Favoritin ist für Basels starke Alternative die scheidende Grossrätin Heidi Mück. Auch Grossenbacher gab bekannt, dass die Frauenquote kein Problem mehr sei, da die BastA! auch kandidiere. Somit war alles wieder im Lot bei den linken Fraktionen.

Doch vor einigen Wochen warf auch die ehemalige Grossratspräsidentin Elisabeth Ackermann für die Grünen ihren Hut in den Ring. Es sei eine gute Gelegenheit, die Chance zu packen und ebenfalls ihr Interesse an einer Kandidatur zu äussern, sagte die Musiklehrerin Ende Februar zur *Basellandschaftlichen Zeitung* – nicht zuletzt fiel ihr Entscheid aufgrund der Männerdominanz in der Regierung. Zuvor hatte Elisabeth Ackermann ihr Interesse an einer Kandidatur geäußert, sich aber noch nicht festlegen wollen.

Michael Wüthrich hat dem Parteivorstand mitgeteilt, er werde sich zurückziehen. Thomas Grossenbacher hingegen wollte offenbar weiterhin in den Regierungsrat. Doch der Druck auf ihn dürfte vermutlich so hoch sein, dass auch er seine Kandidatur zurückziehen muss, um nicht für interne Streitigkeiten zu sorgen.

Unzufrieden mit Ackermann

Mit einer Sprengkandidatur von einem der beiden Grossräte ist an der Nominationsversammlung am kommenden Montag nicht zu rechnen. Die Befürworter einer Kandidatur von

Michael Wüthrich oder Thomas Grossenbacher argumentieren jetzt, dass allein wegen der Geschlechterfrage nicht einmal mehr differenziert abgewogen werden kann, wer sich für einen Regierungssitz am besten eignen würde. Ackermann wird ihre einjährige Amtszeit als Grossratspräsidentin zwar hoch angerechnet, jedoch seien die politischen Dossiers von Wüthrich und Grossenbacher im Vergleich zu dem Ackermanns um einiges gewichtiger und umfangreicher.

Die beiden Männer hätten auch ausgeprägtere politische Profile als Ackermann, so die Argumente von Befürwortern der Grossräte. Es sei unfair, dass man als Mann aufgrund der parteiinternen Frauenförderung trotz reichlicher Erfahrung nicht für den Regierungsrat kandidieren könne, lassen Stimmen aus der Partei verlauten, als sie davon erfuhr, dass Elisabeth Ackermann portiert werden soll. «Man wird in der Öffentlichkeit natürlich geschlossen hinter Elisabeth Ackermann stehen, aber Einigkeit herrscht in der Partei nicht», sagt ein Insider. «Ein grosser Teil ist nicht zufrieden mit der Nominierung von Ackermann.»

Basel blitzt im Nationalrat ab

Standesinitiative abgelehnt

Von Boris Gygax

Basel/Bern. Beide Basel bemühten sich intensiv um die Aufstockung des Grenzwachtkorps. Dieses läuft seit geraumer Zeit personell auf dem Zahnfleisch. Dazu reichten die beiden Kantone je eine gleichlautende Standesinitiative ein. Während jene von Baselland bereits Ende Februar zur Umsetzung überwiesen wurde, blitzte diejenige von Basel-Stadt gestern im Nationalrat ab: Die grosse Kammer leistete den Forderungen von Basel stillschweigend keine Folge. Dies obwohl der Ständerat die Initiative noch in der Winter-session angenommen hatte.

Bereits in der Finanzkommission des Nationalrats war das Anliegen schwer umstritten. Sie beantragte mit 12 zu 11 Stimmen bei zwei Enthaltungen äusserst knapp die Ablehnung. Die Kommission liess damals verlauten, dass eine parlamentarische Initiative in diesem Zusammenhang «das falsche Mittel» sei. Mit diesem Entscheid habe das Parlament die Gelegenheit, den Bestand des Grenzwachtkorps über Nachtragskredite aufzustocken. Beschlossene Sache sind bereits 130 zusätzliche Stellen bis ins Jahr 2017. Ein Teil davon, 48 Personen, sollen noch dieses Jahr eingestellt werden.

Nur ein Teilerfolg

Trotz der Ablehnung der basel-städtischen Standesinitiative ist bei den Regierungsräten Isaac Reber und Baschi Dürr kein Trübsalblasen angesagt. Primär loben sie in einer gemeinsamen Medienmitteilung, dass einer der beiden Vorstösse gutgeheissen wurde. «Die Bundesparlamentarier haben damit für die Region Basel, auch alle Schweizer Grenzregionen ein wichtiges Zeichen gesetzt.» Es zeige sich einmal mehr, dass auch die Region Basel in Bern etwas ausrichten könne, «wenn alle an einem Strick ziehen», führen die Sicherheitsdirektoren aus.

Auf dem Teilerfolg werde man sich aber nicht ausruhen, betont Adrian Baumgartner, Mediensprecher der Baselbieter Sicherheitsdirektion. Es sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Es stelle sich nun die Frage, wie und ob die Baselbieter Standesinitiative durchgesetzt werde. Nur den Bedarf anzuerkennen reiche nicht. «Unsere Erwartung ist klar: Mit dem Entscheid hat sich die grosse Kammer hinter unsere Forderungen gestellt. Die Umsetzung sollte zudem möglichst bald erfolgen.» In den identischen Standesinitiativen forderten die beiden Basel, dass das Grenzwachtkorps in allen Regionen in der Schweiz so ausgestattet wird, dass es seine Aufgaben in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann. Bisher wurden Polizisten der Nordwestschweiz vor allem nach Genf und ins Tessin abgezogen.

Auch Baselland interveniert beim Bundesrat

Landrat ist besorgt über den Störfall im französischen Atomkraftwerk Fessenheim

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Regierungsrat des Kantons Baselland fordert den Bundesrat auf, dass sich dieser für eine sofortige Stilllegung des französischen Atomkraftwerks Fessenheim einsetzt. Dies erklärte Sicherheitsdirektor Isaac Reber gestern an der Landratssitzung in Liestal. Die Regierung werde das Vorgehen mit den Regierungskollegen in Basel-Stadt koordinieren. Bereits 2011 hätten die beiden Regierungen mit der gleichen Forderung interveniert.

Der laut deutschen Quellen gefährliche Störfall im elsässischen Atomkraftwerk vom 9. April 2014 war gestern im Landrat Anlass zu einer kurzen Debatte über zwei dringliche Vorstösse. Die Motion von Florence Brenzikofer (Grüne) wurde dabei in Anbetracht der Erklärung Rebers stillschweigend überwiesen und abgeschrieben. Etwas mehr zu reden gab eine Interpellation von Miriam Locher (SP), in der insgesamt acht Fragen zum Störfall in Fessenheim gestellt wurden. Regierungsrat Reber konnte nämlich die meisten Fragen



Franzosen informierten nicht. Laut Isaac Reber wendet sich die Regierung jetzt an den Bundesrat. Foto Kostas Maros

nicht beantworten, weil die Regierung weder von den französischen Behörden noch von dem Kraftwerksbetreiber über den Vorfall informiert wurde. «Wenn der Vorfall aber so stattgefunden

hat, wie jetzt darüber berichtet wird, hätten die französischen Behörden zwingend informieren müssen», sagte Reber. Die Regierung werde sich an den Bundesrat wenden, nachdem ihr mittlerweile das Vertrauen in die zuständigen Behörden abhandengekommen sei.

Schweiz nicht informiert

Miriam Locher sagte, sie finde es sehr bedenklich, dass nicht informiert worden sei. Klaus Kirchmayr (Grüne) wies darauf hin, dass offenbar die deutschen Behörden Informationen erhalten hätten, nicht aber die schweizerischen. Es wäre dem Bundesrat zu empfehlen, dass er sich dafür einsetzt, dass auch die Schweiz bei einem Störfall kontaktiert wird: «Aus solchen Vorfällen müssen wir auch Lehren für die Schweizer Atomkraftwerke ziehen.» Er frage sich auch, wie die Schweizer Aufsichtsbehörde vor diesem Hintergrund ihre Aufgabe verstehe. Elisabeth Augstburger (EVP) ergänzte, auch die trinationalen Organisationen müssten sich mit dem Störfall beschäftigen.

ANZEIGE



bethesda
SPITAL

Zentrum Therapie und Training

Physiotherapie und
Medizinische Trainingstherapie

Ihr ambulantes Zentrum

Tel. 061 315 23 64 · www.bethesda-spital.ch